

# Niederschrift

## SBS/003/2026

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport der Stadt Rheine  
am 18.03.2026

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Multifunktionssaal im 1. OG des Rathauszentrums II.

### Anwesend als

#### Vorsitzender:

Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------	-----	---------------------------

#### Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Dario Aufderlandwehr	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Sarah Brandt	AfD	Ratsmitglied
Herr Alexander Breulmann	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Frank Grundke	CDU	Ratsmitglied
Herr Benjamin Hagemann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Sebastian Häusler	AfD	Ratsmitglied
Frau Janine Heile	FDP/UWG	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied/1. stellv. Vorsitzender
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Sebastian Laumann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Rainer Ortel	FDP/UWG	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr David Steinemann	AfD	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Ronja Vollmann	DIE LINKE	Sachkundige Bürgerin

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Mark Bauer		Sprecher der Stadtschulleiterkonferenz
Frau Alina Brinkmann		Stadtschüler/-innenvertretung
Frau Anna-Katharina Guttermann		Sprecherin der Stadtschulpflegschaft
Frau Barbara Kammer		Ausschussmitglied Vertreter der ev. Kirche
Frau Beatrix Meyer		Sprecherin der Grundschulen
Frau Dorit Tönjes		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

**Vertreter:**

Frau Maria Berlekamp	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Marius Himmler
Frau Hermine Fischer-Mißfelder	CDU	Vertretung für Herrn Sascha Drescher
Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Frau Yvonne Köhler
Herr Adrian Ströher	SPD	Vertretung für Herrn André Schaper
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Frau Melanie Ehrhardt

**Verwaltung:**

Herr Frank de Groot-Dirks		
Frau Kirsten Deters		
Frau Jana Droste		
Herr Andre Eilers		Stellv. Schriftführung
Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr Sascha Drescher	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Sachkundige Bürgerin

Herr Marius Himmler	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Tobias Frönd	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Ines Plien	Ausschussmitglied Vertre- ter der kath. Kirche
Herr Frank Schmitz	1. Vorsitzender des Stadt- sportverbandes

Herr Gude eröffnet die heutige Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport der Stadt Rheine.

Herr Gude weist darauf hin, dass Frau Maria Berlekamp bislang nicht vereidigt worden sei. Er bittet die Betroffenen, sich zu erheben, und liest den Wortlaut der Verpflichtungserklärung vor. Frau Berlekamp wiederholt die Verpflichtungserklärung. Herr Gude bedankt sich und heißt Frau Berlekamp offiziell im Ausschuss willkommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils bittet Herr Gausmann, den Tagesordnungspunkt 14 von der Tagesordnung abzusetzen, da verwaltungsintern noch Abstimmungsbedarf besteht. Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes soll in der Sitzung im Mai erfolgen. Einwände werden nicht erhoben.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung wurde nicht gestellt.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung am 22.01.2026**

Es erfolgen keine Anmerkungen zur oben genannten Niederschrift.

**2. Informationen der Verwaltung**

Herr Gausmann informiert, dass es am 17. Juni eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport geben werde. Diese sei in Abstimmung mit der Verwaltung beschlossen worden, um zentrale Themen, insbesondere im Bereich der Schulstruktur, zu bearbeiten. Ursprünglich sei die nächste reguläre Sitzung erst für September geplant gewesen. Der zusätzliche Termin solle auch dazu dienen, Beschlussfassungen vorzubereiten, die im Ausschuss für Schule, Bildung und Sport behandelt werden müssten. Herr Gausmann erwähnt, dass der Arbeitskreis Schulstruktur am 27. Mai tagen werde, um die entsprechenden Themen vorzubereiten. Er fügt hinzu, dass auch der Bereich Sport in die Beratungen einbezogen werde, da dies für die Haushaltsberatungen von Bedeutung sei.

Herr Gausmann berichtet weiter über die vorgezogenen Anmeldetage an der Euregio-Gesamtschule sowie die anschließenden Anmeldungen an den anderen weiterführenden Schulen.

Er gibt die aktuellen Anmeldezahlen bekannt: An der Nelson-Mandela-Schule seien 36 Schülerinnen und Schüler angemeldet worden, im Vorjahr seien es 41 gewesen. Die Alexander von Humboldt Schule habe 50 Anmeldungen verzeichnet, im Vorjahr seien es 52 gewesen. Die Elsa-Brändström-Realschule habe 134 Anmeldungen erhalten, im Vorjahr seien es 141 gewesen. Die Euregio-Gesamtschule habe wie im Vorjahr 145 Anmeldungen verzeichnet, wobei hier eine Deckelung bestehe - es gab 52 Ablehnungen. Am Emsland-Gymnasium seien 82 Anmeldungen eingegangen, im Vorjahr seien es 83 gewesen. Das Gymnasium Dionysianum habe 79 Anmeldungen erhalten, im Vorjahr seien es 98 gewesen. Das Kopernikus-Gymnasium habe 151 Anmeldungen verzeichnet, im Vorjahr seien es 125 gewesen.

Insgesamt seien 677 Anmeldungen eingegangen.

Herr Gausmann weist darauf hin, dass ein Abgleich mit den Rückläufern aus den Grundschulen noch ausstehe. Diese Daten könnten voraussichtlich im Oktober, möglicherweise aber auch schon im Juni, vorgelegt werden. Er erläutert, dass dies auch dazu dienen solle, die Wanderungsbewegungen in andere Städte zu analysieren. Zudem erwähnt er, dass an der Emmy-Nöter-Schule eine zusätzliche Eingangsklasse gebildet worden sei, obwohl dies im regionalen Konsens nicht vorgesehen gewesen sei. Dies sei auf die Schülerbewegungen zurückzuführen, die noch genauer analysiert werden müssten. Die entsprechenden Informationen würden zu gegebener Zeit bereitgestellt.

### **3. Einwohnerfragestunde**

Herr Lakemeier, Dornenbreite 5, 48432 Rheine-Rodde berichtet, dass der Stadtteilbeirat Rodde aufgrund eines Zeitungsartikels über die Anmeldezahlen zum Schuljahr 2027 einen Arbeitskreis gebildet habe, um das Thema Schulanmeldungen und den Schulbedarf in Rodde zu analysieren. Er betont, dass ein großes Interesse daran bestehe, den Schulstandort in Rodde zu erhalten. Der Arbeitskreis habe sich mit der Frage beschäftigt, wie viele Kinder in den kommenden Jahren in Rodde eingeschult werden könnten. Er äußert, dass belastbare Zahlen benötigt würden, da die bisherigen Prognosen nicht zufriedenstellend seien. Er fragt die Verwaltung, ob es möglich sei, die Wohnorte der Kinder zu erfassen, um genauere Daten zu erhalten.

Darüber hinaus spricht Herr Lakemeier den Betreuungsbedarf an und erklärt, dass in Rodde derzeit nur eine Übermittagsbetreuung bis 14:00 Uhr angeboten werde. Viele Eltern hätten diese Betreuung lediglich gewählt, da keine anderen Optionen verfügbar seien. Er berichtet, dass eine eigenständige Umfrage des Arbeitskreises ergeben habe, dass ein erhöhter Betreuungsbedarf bestehe. Er fragt, ob die Verwaltung eine belastbare Erhebung des Betreuungsbedarfs für die aktuellen und zukünftigen Kinder der nächsten zwei bis drei Jahre durchführen könne.

Herr Gausmann antwortet, dass belastbare Zahlen aus der Kita-Bedarfsplanung für die nächsten fünf Jahre hochgerechnet werden könnten, da die Kinder bereits geboren seien und die Wanderungsbewegungen innerhalb der Stadtteile gering ausfielen. Er erklärt, dass die Prognosen für Rodde jedoch zeigen würden, dass die Einschulungszahlen dauerhaft unter zehn Kindern pro Jahrgang liegen würden, was nicht ausreiche, um den Schulstandort zu sichern. Er betont, dass die Verwaltung und die Politik sich der Problematik bewusst seien und nach Möglichkeiten suchen würden, den Schulstandort zu erhalten. Er erwähnt, dass die Verwaltung Gespräche führe, die jedoch derzeit nicht öffentlich gemacht werden könnten, da die Situation komplex sei. Zudem kündigt er an, dass die Problematik zunächst im Arbeitskreis Schulstruktur am 27. Mai thematisiert werde.

Zum Thema Betreuungsbedarf erklärt Herr Gausmann, dass frühere Abfragen in verschiedenen Stadtteilen gezeigt hätten, dass die angegebenen Bedarfszahlen nicht immer mit den tatsächlichen Bedürfnissen übereinstimmten. Er berichtet, dass derzeit nur eine geringe Anzahl von Kindern in Rodde eine OGS-Betreuung benötigen. Die Verwaltung habe jedoch zugesagt, eine OGS-Betreuung einzurichten, wenn mindestens 15 Anmeldungen vorlägen. Er verweist auf ein ähnli-

ches Vorgehen in Elte sowie für die Konradschule, wo eine OGS-Betreuung erfolgreich eingerichtet worden sei.

Herr Lakemeier bedankt sich und erklärt, dass seine Fragen beantwortet seien.

Frau Windoffer, Im Diek 16, 48432 Rheine-Rodde äußert ihre Bedenken hinsichtlich der Umsetzung des neuen Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler in Rodde. Sie erklärt, dass die derzeitige Betreuung nur bis 14:00 Uhr angeboten werde und eine privat durchgeführte Umfrage ergeben habe, dass die Mehrheit der Eltern eine Betreuung über 14:00 Uhr hinaus wünsche. Sie berichtet, dass 13 Kinder in der Umfrage angegeben hätten, dass ihre Eltern in Betracht ziehen würden, sie aufgrund des fehlenden Betreuungsangebots an anderen Schulen einzuschulen. Sie betont, dass dies die Attraktivität des Schulstandorts Rodde erheblich beeinträchtigen würde.

Herr Gausmann erklärt, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem 1. August 2026 durch den Schulträger und die Träger der Jugendhilfe abgedeckt werde. Er betont jedoch, dass dies für Rodde keine unmittelbare Lösung darstelle. Er wiederholt, dass eine OGS-Betreuung in Rodde eingerichtet werde, sobald 15 Anmeldungen vorlägen.

#### **4. Förderanträge zu Investitionsmaßnahmen von Sportvereinen Vorlage: 160/26**

Herr Gude leitet den Tagesordnungspunkt 4 ein, der sich mit Förderzuschüssen für Investitionsmaßnahmen und Sportvereine befasst, und übergibt das Wort an die Verwaltung.

Herr de Groot-Dirks verweist auf den vorliegenden Vorgang und ergänzt, dass ein neuer Antrag auf Förderung eingegangen sei. Dieser Antrag, der eine Fördersumme von unter 6.000 Euro betreffe, befinde sich bereits in Bearbeitung. Er erläutert, dass das verbleibende Budget von 40.046 Euro durch diese Förderung entsprechend reduziert werde. Da es sich um eine kleinere Fördersumme handele, werde dieser Antrag verwaltungstechnisch bearbeitet und nicht gesondert beraten.

Herr Gude stellt daraufhin fest, dass im Maximalfall ein Restbudget von 34.000 Euro verbleiben würde, und fragt, ob es hierzu Anmerkungen oder Nachfragen gebe.

Herr Kaisal erkundigt sich nach den Erfahrungswerten der letzten Jahre in Bezug auf kleinere Förderanträge sowie dringliche Maßnahmen, die beispielsweise durch unvorhergesehene Ereignisse wie defekte Heizungen erforderlich würden. Er möchte wissen, wie häufig solche Anträge im Laufe eines Jahres eingingen und ob das Budget hierfür ausreichend bemessen sei, insbesondere vor dem Hintergrund gestiegener Kosten.

Herr de Groot-Dirks antwortet, dass für dringliche Maßnahmen ein separater Betrag von 30.000 Euro vorgesehen sei. Diese Summe sei auf Basis der Erfahrungen der letzten Jahre realistisch angesetzt und decke die entsprechenden Bedarfe ab.

Herr Gude bedankt sich für die Ausführungen und stellt fest, dass keine weiteren Nachfragen vorliegen. Er schlägt vor, die Beschlussfassung zu empfehlen. Punkt 1 der Vorlage sei zur Kenntnis zu nehmen, während Punkt 2 und Punkt 4 Beschlüsse erforderten. Er stellt die Kenntnisnahme fest und lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen. Der Vorschlag wird einstimmig ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen angenommen.

#### **Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nimmt zur Kenntnis, dass die in der Übersicht unter Nr. 1–3 aufgeführten Maßnahmen bereits in Vorjahren bewilligt wurden und die entsprechenden Haushaltsmittel gebunden sind.

2. Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport beschließt, den in der Übersicht unter Nr. 4–12 genannten Vereinen für die jeweiligen Maßnahmen die aufgeführte maximale Fördersumme zu gewähren.
3. Die Bewilligung erfolgt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2026.
4. Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport beschließt, dass den Vereinen auf Antrag ein vorzeitiger Maßnahmebeginn genehmigt werden kann, sofern dies zur Umsetzung der Maßnahme vor Inkrafttreten der Haushaltssatzung erforderlich ist. Die Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns begründet keinen Anspruch auf eine spätere Förderung. Hierauf sind die Vereine ausdrücklich hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1: Kenntnisnahme

Punkt 2 und 4: einstimmig beschlossen

**5. Jahresbericht der Stadtbibliothek 2025 - mit Ausblick auf 2026**  
**Vorlage: 181/26**

Herr Gausmann weist darauf hin, dass Frau Deters anwesend sei und sich mit ihrem Team bereits in der neuen Bibliothek einrichte. Er empfiehlt allen Anwesenden, die neue Bibliothek zu besuchen.

Frau Deters berichtet, dass der Umzug der Bibliothek eine große Herausforderung dargestellt habe. Während der Schließzeit seien umfangreiche Planungen und organisatorische Maßnahmen durchgeführt worden, um die Regale und Medien am neuen Standort ordnungsgemäß einzurichten. Nach der Eröffnung habe die Technik sukzessive installiert werden müssen, und in der ersten Woche seien 12.000 Medien manuell zurückgebucht worden. Sie erwähnt, dass anfangs nur fünf funktionierende Rechner im Publikumsbereich zur Verfügung gestanden hätten, was bei einem Team von 15 Personen eine zusätzliche Belastung dargestellt habe. WLAN sei erst in der achten Kalenderwoche verfügbar gewesen, und die Katalogsuche sei derzeit noch nicht möglich. Dennoch könnten Nutzer über das WLAN mit ihren eigenen Geräten auf den Katalog zugreifen, wobei das Bibliotheksteam unterstützend zur Seite stehe.

Frau Deters erläutert, dass während des Umzugs ein Lieferstopp für neue Medien eingerichtet worden sei, der Anfang der 26. Kalenderwoche aufgehoben wurde. Seitdem seien über 100 Pakete mit neuen Medien eingetroffen, die schrittweise eingearbeitet würden. Sie hebt hervor, dass die neue Stadtbibliothek sehr gut angenommen werde, was sich unter anderem in 300 Neuanmeldungen innerhalb von zwei Monaten zeige. Die Veranstaltungstreppe sei ein beliebtes Fotomotiv, und die Bibliothek habe bereits prominente Besucher wie den Bürgermeister und die Kreispolizei Steinfurt empfangen. Zudem sei das Lesecafé im Eingangsbereich, das in Kooperation mit der Bäckerei Schollhölter betrieben werde, ein beliebter Treffpunkt, der auch von Rathausmitarbeitern für Besprechungen genutzt werde.

Frau Deters berichtet weiter, dass die erste große Veranstaltung, eine Aufführung des Theaterstücks „Herr der Diebe“ durch das Theater Ex libris aus Münster, mit 75 Gästen ein großer Erfolg gewesen sei. Die Veranstaltungstreppe sei dabei würdig eingeweiht worden. Für die Zukunft sei ein Update der Onleihe auf Version 3.0 im April geplant. Seit Januar gebe es zudem den „Treffpunkt Bank“, bei dem Ehrenamtliche für Gespräche zur Verfügung stünden. Klassen- und Kindergartenführungen seien im Februar wiederaufgenommen worden, wobei bisher 21 Führungen durchgeführt worden seien. Neue Termine seien frühestens ab Mai verfügbar.

Herr Gude bedankt sich für den Bericht und hebt hervor, dass die Bibliothek nach dem Umzug gut etabliert sei. Er freue sich darauf, künftig Berichte zu erhalten, die sich auf ein vollständiges Jahr an einem festen Standort beziehen.

Herr Ortel spricht Frau Deters und ihrem Team seine Anerkennung aus und betont, dass die Bibliothek unter den gegebenen Umständen sehr gut dastehe. Er wünscht weiterhin viel Erfolg.

Frau Achterkamp (CDU) schließt sich dem Dank an und hebt die Leidenschaft des Teams hervor, das viele Stunden investiert habe, um die Bibliothek mit Leben zu füllen. Sie stellt zwei Nachfragen: Zum einen bittet sie um eine Erklärung zu den rückläufigen Nutzerzahlen in den Jahren 2023 bis 2025, und zum anderen erkundigt sie sich nach der Möglichkeit einer Ausweitung der Öffnungszeiten, insbesondere für Berufstätige und an Wochenenden.

Frau Deters erklärt, dass die rückläufigen Zahlen teilweise auf eine statistische Bereinigung zurückzuführen seien, was im Jahresbericht erläutert worden sei. Sie betont jedoch, dass die Nutzerzahlen inzwischen wieder steigen würden, was unter anderem auf die Attraktivität der neuen Bibliothek und die verstärkte Durchführung von Führungen für Kitas und Schulen zurückzuführen sei. Die Bibliothek werde zunehmend als „dritter Ort“ wahrgenommen, der neben Zuhause und Arbeit eine hohe Aufenthaltsqualität biete.

Herr Gausmann ergänzt, dass die Möglichkeit einer Ausweitung der Öffnungszeiten bereits im Konzept „Bibliothek 2025“ berücksichtigt worden sei. Dieses Konzept sehe ein „Open Library“-Modell vor, bei dem die Bibliothek auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten zugänglich sei. Technische Voraussetzungen wie eine intelligente Türsteuerung und eine Außenabgabe für Medien müssten jedoch noch geschaffen werden. Die Verwaltung arbeite daran, diese Lösungen umzusetzen.

Herr Laumann erkundigt sich nach den Gründen für den rückläufigen Medienbestand. Frau Deters erklärt, dass vor dem Umzug eine Reduzierung vorgenommen worden sei, um Altbestände auszusortieren. Zudem werde der Fokus zunehmend auf digitale Medien gelegt, was zu einer qualitativen Verbesserung des Angebots führe.

Frau Stockel fragt nach dem aktuellen Zustand der Sanitäreinrichtungen, die längere Zeit nicht vollständig nutzbar gewesen seien.

Frau Deters bestätigt, dass inzwischen alle Toiletten in der Bibliothek freigegeben seien.

Herr Gude stellt abschließend die Kenntnisnahme des Berichts fest und bedankt sich bei Frau Deters und ihrem Team für das Engagement und die ausführlichen Antworten.

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nimmt den Jahresbericht der Stadtbibliothek 2025 sowie den Ausblick auf das Jahr 2026 zur Kenntnis.

## **6. Sozialbericht Rheine – Schwerpunkt Bildung und AK Sozialbericht Vorlage: 012/26/1**

Herr Gausmann erläutert, dass den Anwesenden eine sogenannte E-Vorlage vorliege, welche als Ergänzungsvorlage zur ursprünglichen Beschlussvorlage des Sozialausschusses diene. Diese Anpassung sei notwendig geworden, da der Sozialausschuss intensiv über die Frage diskutiert habe, wie die Federführung im Bereich Bildung im Rahmen des Sozialberichts abgebildet werden solle. Die E-Vorlage enthalte nun die überarbeitete Beschlussvorlage, die auf der Grundlage der Diskussionen im Sozialausschuss erstellt worden sei. Er betont, dass soziale Aspekte im Kontext von Bildung eine zentrale Rolle spielten, weshalb eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ausschüssen erforderlich sei.

Herr Gausmann führt weiter aus, dass die Beauftragung der Verwaltung durch den Ausschuss für Bildung, Schule und Sport sowie den Sozialausschuss erfolgen solle. Ziel sei es, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich aus Vertretern beider Ausschüsse sowie den Statistikabteilungen zusammensetze. Diese Arbeitsgruppe werde sowohl qualitative als auch quantitative Aspekte des Sozialberichts erarbeiten. Die Ergebnisse würden in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse vorgestellt, wobei ein Maßnahmenempfehlungspaket zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Er hebt hervor, dass die Zuständigkeiten der jeweiligen Ausschüsse gewahrt bleiben müssten, um Überschneidungen zu vermeiden. Die Beschlussfassung solle daher differenziert erfolgen, sodass jeder Ausschuss nur über die Maßnahmen entscheide, die in seinen Zuständigkeitsbereich fielen.

Abschließend bittet Herr Gausmann um Zustimmung zur E-Vorlage und den dazugehörigen Beschlussvorschlägen.

Herr Gude ergänzt, dass es nach den letzten Sitzungen des Sozialausschusses noch offene Fragen gegeben habe, die zwischen der Verwaltung und den Vorsitzenden der betroffenen Ausschüsse besprochen worden seien. Er zeigt sich erfreut über die Fortschritte und betont die Bedeutung, den Sozialbericht nun voranzubringen. Die Verwaltung habe die Zuständigkeiten klar differenziert dargestellt, was für die weitere Arbeit von zentraler Bedeutung sei. Er wirbt dafür, den nächsten Schritt zu gehen und den Sozialbericht zu erstellen.

Frau Stockel erklärt, dass sich die SPD-Fraktion bei dem vorliegenden Beschlussvorschlag enthalten werde. Sie kündigt jedoch an, konstruktiv in den Arbeitsgruppen mitzuarbeiten. Die Fraktion sei weiterhin der Ansicht, dass es nicht richtig sei, Teile des Sozialberichts in die Zuständigkeit von Fachausschüssen zu verschieben. Aus ihrer Sicht gehöre der gesamte Sozialbericht in die Verantwortung des Sozialausschusses. Sie kritisiert, dass das Vorgehen nicht konsequent sei, da auch andere Themenbereiche wie Wohnen nicht in andere Ausschüsse verschoben worden seien. Trotz dieser Bedenken werde die SPD-Fraktion an der inhaltlichen Arbeit teilnehmen.

Herr Gude leitet anschließend zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag über. Er stellt klar, dass die beiden Beschlüsse im Block abgestimmt werden könnten.

#### **Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport beauftragt die Verwaltung den Sozialbericht Rheine mit dem Schwerpunkt Bildung auf Grundlage der vorgestellten Gliederung zu erstellen.
2. Der Ausschuss Schule, Bildung und Sport beauftragt die Verwaltung, einen Arbeitskreis mit je einer Vertretung aller Fraktionen, sowohl aus dem Sozialausschuss, als auch aus dem Ausschuss Schule, Bildung und Sport zu gründen, der den Schwerpunkt Bildung begleitet.
3. Die Berichterstattung der Ergebnisse soll im Sozialausschuss und dem Ausschuss für Schule, Bildung und Sport erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen bei vier Enthaltungen

. **Sozialbericht Rheine – Schwerpunkt Bildung und AK Sozialbericht**  
Vorlage: 012/26

7. **Tätigkeitsbericht der Koordinationsstelle Schulsozialarbeit**  
Vorlage: 140/26

Herr Gausmann erläutert, dass ein umfangreicher Bericht zur Schulsozialarbeit vorliegt, der im kommenden Jahr modifiziert werden solle. Ziel sei es, weniger einen Tätigkeits- oder statistischen Bericht zu erstellen, sondern verstärkt qualitative und quantitative Aspekte der Beratungen sowie die Schwerpunktsetzungen zu beleuchten. Dabei solle geprüft werden, ob die Ressourcen der Schulsozialarbeit optimal eingesetzt werden und ob Anpassungen, beispielsweise im Grundschulbereich, erforderlich seien. Er betont die Bedeutung einer Evaluation und Effektivitätsbetrachtung, um die Schulsozialarbeit zielführender zu gestalten.

Frau Droste ergänzt, dass der Unterstützungsbedarf im psychosozialen Bereich bei Schülerinnen und Schülern steige. Dies führe zu einem erhöhten Gesprächsbedarf, insbesondere mit Eltern, wobei die Themen zunehmend komplexer würden. Sie hebt hervor, dass der Schulalltag herausfordernder werde, was einen höheren Abstimmungs- und Unterstützungsbedarf erfordere. Zudem seien lange Wartezeiten bei weiterführenden Hilfsangeboten eine zusätzliche Belastung. Trotz dieser Herausforderungen werde die zentrale Rolle der Schulsozialarbeit in den Schulen deutlich, da sie eine wichtige Unterstützung für die Schülerinnen und Schüler darstelle.

Herr Gude bedankt sich für die Berichterstattung und hebt hervor, dass die Schulsozialarbeit ein integraler Bestandteil der Schulen sei und nicht als externer Partner wahrgenommen werde. Er verweist darauf, dass die im Schulausschuss entwickelten Konzepte offenbar zielführend seien und gut in den Schulalltag integriert würden.

Herr Gausmann berichtet von einer Jugendbefragung und einem Jugendforum, die im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans durchgeführt wurden. Die Ergebnisse zeigten, wie wichtig der schulische Kontext für die Alltagsgestaltung der Schülerinnen und Schüler sei, aber auch, wie belastend dieser empfunden werde. Er betont die Notwendigkeit zusätzlicher Ressourcen im psychosozialen Bereich, insbesondere angesichts der steigenden Zahl psychisch belasteter Kinder, die laut Untersuchungen der gesetzlichen Krankenkassen bei etwa 30 % liege. Angesichts der Tatsache, dass Kinder einen Großteil ihrer Zeit in Schulen verbringen, sei eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Schulträger und Jugendhilfeträgern erforderlich. Er kündigt an, dass die Fortentwicklung der Schulsozialarbeit in Rheine im nächsten Bericht thematisiert werde.

Herr Krage unterstreicht die Bedeutung der Schulsozialarbeit und verweist auf den steigenden Bedarf, der sich auch in Vorfällen wie der sogenannten „Toilettenpapier-Challenge“ zeige. Er lobt die Maßnahmen zur Medienbildung und Fact-Checking als wichtige Aufgaben der Schulsozialarbeit. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass in der Vorlage Stellenanteile für einige Schulen, wie die Michaelschule, die Ludgerusschule und die Bodelschwing-Schule, fehlen. Er fragt nach den Gründen für diese Lücken.

Herr Gausmann erklärt, dass die Stellenteile der Start-Chancenschulen, die neu eingerichtet wurden, zum nächsten Bericht ergänzt würden.

Herr Gude stellt abschließend fest, dass keine weiteren Nachfragen oder Anmerkungen vorliegen, und bedankt sich für die Berichterstattung.

#### **Kenntnisnahme:**

Der Schulausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht der Koordinationsstelle Schulsozialarbeit für das Jahr 2025 zur Kenntnis.

### **8. Überblick zum Projekt Food Empowerment Vorlage: 180/26**

Herr Gude übergibt das Wort an Frau Gehrke, die einen Überblick über das Projekt „Food Empowerment“ gibt.

Frau Gehrke erläutert, dass es sich um ein Kooperationsprojekt der Schulen im Stadtteil Schotthock, der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und der Fachhochschule Münster handelt. Ziel des Projekts sei es, Kinder, Jugendliche und Erwachsene für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Ernährung zu sensibilisieren. Das Projekt werde quartiersbezogen mit zwei Grundschulen und der Nelson-Mandela-Schule umgesetzt.

Frau Gehrke führt aus, dass konkrete Maßnahmen wie ein gesundes Schulfrühstück an allen drei Schulstandorten bereits umgesetzt würden. Dieses ergänze bestehende Angebote, wie das „Warme Willkommen“ an der Nelson-Mandela-Schule. Die Akquise von Ehrenamtlichen für die Durchführung des Schulfrühstücks sei erfolgreich verlaufen, und es gebe eine hohe Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich zu engagieren. Sie hebt zudem das Teilprojekt „Food Scouts“ hervor, bei dem Schülerinnen und Schüler der Nelson-Mandela-Schule zu Multiplikatoren für gesunde Ernährung ausgebildet würden, um jüngere Kinder an den Grundschulen anzuleiten. Ein weiteres Teilprojekt befasse sich mit der Vermeidung von Lebensmittelabfällen. Hierzu seien Gespräche mit Caterern aufgenommen worden, um den Umfang von Abfällen beim Schulesen zu analysieren und mögliche Optimierungen zu identifizieren. Frau Gehrke berichtet außerdem von einer internationalen Kochgruppe, die sich in der Küche der Nelson-Mandela-Schule treffe und auf großes Interesse stoße. Alle Maßnahmen würden wissenschaftlich begleitet, um sie später auf andere Stadtteile und Städte übertragen zu können. Im Rahmen des Förderprogramms „ISEK Schotthock“ sei das Projekt ein Leuchtturmvorhaben, das sich insbesondere an

Kinder, Jugendliche und Eltern mit Migrationshintergrund oder sozialer Benachteiligung richte. Frau Gehrke lädt abschließend zu einem Frühlingsfest am 22. März im Walshagenpark ein, bei dem das Projekt vorgestellt werde.

Herr Gude bedankt sich für den Bericht und fragt nach weiteren Wortmeldungen.

Herr Hagemann lobt die Initiative und betont die Bedeutung gesunder Ernährung als Gesundheitsvorsorge. Er fragt, ob die im Bericht erwähnte Stelle einer Sozialpädagogin oder eines Sozialpädagogen bereits besetzt sei.

Frau Gehrke bestätigt, dass die Stellen bereits besetzt seien.

Herr Ortel schließt sich dem Lob an und hebt die Kreativität und die Einbindung des Ehrenamts hervor. Er erkundigt sich, wie das Projekt nach dem Förderzeitraum bis zum 31. März 2028 fortgeführt werden solle und ob dies auf städtische Kosten geschehen müsse.

Frau Gehrke erklärt, dass das Ziel des Projekts darin bestehe, nachhaltige Konzepte zu etablieren, die von Caterern, OGS-Trägern und Schulen eigenständig umgesetzt werden könnten. Sie zeigt sich zuversichtlich, dass die geschaffenen Strukturen und die Verantwortung der beteiligten Akteure eine langfristige Fortführung ermöglichen würden.

Herr Gausmann ergänzt, dass die Deutsche Bundesstiftung Umwelt großen Wert auf nachhaltige Entwicklungen lege und die wissenschaftliche Begleitforschung darauf abziele, die Maßnahmen in den Regelalltag zu integrieren. Er betont die Bedeutung der Fördermittel und die Möglichkeit, das Projekt stadtweit zu übertragen.

Herr Gude stellt abschließend die Kenntnisnahme des Berichts fest.

#### **Kenntnisnahme:**

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nimmt die Informationen zum Projekt „Food Empowerment – Esskultur und die Planetary Health Diet in Schule und Quartier“ zur Kenntnis.

### **9. Bericht des Schwimmprojektes "Rheine lernt Schwimmen" Vorlage: 177/26**

Herr Gude erklärt er sich in Bezug auf diesen Tagesordnungspunkt für befangen, da er beim TV Rheine ein Amt ausübt und übergibt die Leitung an den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Kaisel. Herr Kaisel leitet den Tagesordnungspunkt ein und übergibt das Wort an Herrn Gausmann.

Herr Gausmann erläutert, dass das Schwimmprojekt nach der Corona-Pandemie mit eigenen Mitteln finanziert wurde, um Schülerinnen und Schülern, insbesondere in der ersten Klasse und im Kindergartenalter, die Möglichkeit zu geben, versäumte Wassergewöhnung nachzuholen. Er hebt hervor, dass das Projekt auf einem langjährigen Förderprogramm im Sportbereich basiert, welches jährlich mit etwa 20.000 bis 30.000 Euro finanziert wurde. Ziel sei es gewesen, sowohl schwimmfähige als auch nicht schwimmfähige Kinder durch Schwimmbegleiter und Lehrkräfte zu unterstützen. Herr Gausmann gibt an, dass das Projekt voraussichtlich bis zum Schuljahr 2027/28 oder spätestens 2028/29 auslaufen solle, um dann in die Regelförderung überzugehen. Er betont, dass die Unterstützung der Grundschulen bei der Schwimmfähigkeit weiterhin notwendig sei, jedoch mit reduzierten Mitteln.

Herr Kaisel ergänzt, dass das Projekt ursprünglich aus dem Sportbereich initiiert wurde und stets als eine Landesaufgabe betrachtet wurde, die jedoch gerne übernommen wurde. Er hebt die Bedeutung des Projekts hervor und lobt dessen bisherigen Erfolg.

Herr Krage weist darauf hin, dass die geringere Schwimmfähigkeit ein gesamtgesellschaftliches Phänomen darstelle und der Bedarf an Förderung weiterhin kritisch hinterfragt werden müsse. Er betont, dass der Schwimmunterricht durch zusätzlichen Personaleinsatz effektiver gestaltet

werden könne als andere Sportfächer. Er kritisiert die derzeitige Erfolgsquote von 64 % und fordert eine einheitliche Darstellung der Leistungsniveaus, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Er schlägt vor, entweder die klassischen Schwimmbabzeichen (Seepferdchen, Bronze, Silber, Gold) oder die schulischen Niveaustufen (1 bis 4) als einheitliche Bewertungsgrundlage zu verwenden.

Frau Stockel bedankt sich für den Bericht und stellt eine konkrete Frage zu den für 2026 eingeplanten Mitteln in Höhe von 80.000 Euro. Sie verweist auf Berechnungen, die von höheren Beträgen (95.000 bis 98.000 Euro) ausgehen, und fragt, ob die vorgesehenen Mittel ausreichen würden oder ob ein Bericht über die fehlenden Mittel Abhilfe schaffen könne.

Frau Gehrke nimmt die Anregung von Herrn Krage auf und erklärt, dass die Verwaltung die Vereinheitlichung der Leistungsniveaus prüfen werde. Sie führt aus, dass die 80.000 Euro vorbehaltlich der Haushaltsverabschiedung zur Verfügung stünden und dass zusätzliche Landesmittel sowie Förderungen aus dem Startchancenprogramm erwartet würden, wodurch die Kosten reduziert werden könnten. Sie betont, dass die Verwaltung im Qualitätsdialog mit dem Träger stehe, um sowohl die Finanzierung als auch die Gestaltung der Sachberichte zu optimieren. Sie informiert zudem über die Möglichkeit, den Schwimmcontainer „Narwali“ erneut zu nutzen, und berichtet, dass eine Fläche im Bereich der Bodelschwimgh-Schule identifiziert wurde, um nach den Osterferien zusätzliche Fördermöglichkeiten für Grundschulen zu schaffen.

Frau Gehrke gibt einen kurzen Rückblick auf die Entstehung des Schwimmprojekts, das 2023 auf Initiative des Stadtsportverbandes und des TV Jahn Rheine unter der Federführung von Udo Mollen ins Leben gerufen wurde. Sie betont, dass das Thema Nichtschwimmer an Grundschulen bereits vor der Corona-Pandemie relevant war und die DLRG den Anteil der Nichtschwimmer bei über 20 % schätze. Sie hebt hervor, dass das Projekt die Quote der schwimmfähigen Kinder im Grundschulalter um 64 % verbessern konnte und somit einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Schwimmfähigkeit leiste.

Herr Kaisal stellt fest, dass keine weiteren Nachfragen vorliegen, und übergibt die Sitzungsleitung zurück an Herrn Gude.

#### **Kenntnisnahme:**

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nimmt den Bericht des Projektträgers zur Schwimmoffensive „Rheine lernt Schwimmen“ aus dem Schuljahr 2024/2025 zur Kenntnis.

#### **10. Umsetzungsplanung Medienentwicklungsplan im Jahr 2026 Vorlage: 136/26**

Frau Gehrke verweist auf die Vorlage des Medienentwicklungsplanstandards (MEP-Standard), den die Stadt Rheine für Grund- und weiterführende Schulen unabhängig von der Schulform entwickelt habe. Sie betont, dass dieser Standard eine solide Grundlage darstelle, um pädagogische und technische Konzepte zu vereinen. Derzeit werde der aktuelle Medienentwicklungsplan, der seit über zwei Jahren in Kraft sei, evaluiert. In diesem Zusammenhang habe es in der vergangenen Woche eine Online-Befragung sowie einen Workshop mit Vertretern der Schulen gegeben, um aktuelle Bedarfe, neue Themen und die Rolle von Künstlicher Intelligenz zu analysieren. Frau Gehrke bedankt sich ausdrücklich für die konstruktive Zusammenarbeit mit den Medienbeauftragten und Schulleitungen. Ein Zwischenbericht zur Evaluation werde voraussichtlich im Mai oder Juni vorgelegt. Sie weist zudem darauf hin, dass die Förderrichtlinie zum Digitalpakt 2020 weiterhin ausstehe, was die Stadt Rheine vor Herausforderungen stelle, da sie bereits erhebliche Investitionen im Ergebnis- und Investitionsplan tätige.

Herr Gude fragt nach weiteren Anmerkungen oder Nachfragen.

Frau Stockel erkundigt sich, ob die ausstehende Förderrichtlinie auch mit der Ausstattung der Lehrkräfte mit Endgeräten zusammenhänge, da es in diesem Bereich noch keine Klarheit gebe.

Herr Ortel ergänzt, dass die hohen Investitionen der Stadt Rheine verdeutlichen, dass eine hochwertige Schullandschaft nicht ohne erhebliche finanzielle Mittel zu realisieren sei. Er hebt hervor, dass die Stadt Rheine durch diese Investitionen eine Leuchtturmqualität im Schulbereich erreiche, was auch überregional wahrgenommen werde. Diese Anstrengungen seien notwendig und sinnvoll.

Frau Gehrke geht auf die Frage von Frau Stockel ein und erläutert, dass im Digitalpakt 2020 geregelt sei, dass die Schulträger für die Ausstattung der Lehrkräfte mit Endgeräten zuständig seien. Sie erinnert daran, dass während der Corona-Pandemie einmalig rund 700 Geräte an Lehrkräfte verteilt worden seien. Diese Geräte seien mittlerweile veraltet, und es gebe zudem Herausforderungen durch Fluktuation und neue Lehrkräfte. Ob dies der Grund für die Verzögerung der Förderrichtlinie sei, könne sie nicht sagen. Sie gehe jedoch davon aus, dass die Förderrichtlinie praktikable Aussagen zur Förderung der digitalen Ausstattung und des Supports treffen werde.

Herr Gausmann nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Ortel und berichtet von der gestrigen Stadtschulleiterkonferenz. Dort habe er gemeinsam mit Herrn Dr. Lüttmann den Schulleitungen mitteilen können, dass es keine Kürzungen im Bereich der schulischen Investitionen und Unterstützungsleistungen geben werde. Dies sei in der aktuellen Zeit keine Selbstverständlichkeit und verdiene Anerkennung. Er betont, dass die Investitionen der Stadt Rheine in den Schulbereich eine hohe Rendite hätten und dass diese Anstrengungen fortgeführt werden sollten. Herr Gude schließt den Tagesordnungspunkt ab, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

#### **Kenntnisnahme:**

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nimmt die Umsetzungsplanung für den Medienentwicklungsplan im Jahr 2026 zur Kenntnis.

### **11. Standardleistungsbuch für die Gestaltung von Schulhöfen Vorlage: 170/26**

Frau Gehrke erläutert, dass die Verwaltung das sogenannte Standardleistungsbuch, erstellt habe, die Excel Datei mit dem Inhalt jedoch aufgrund ihres Datenvolumens nicht als Anlage beigefügt werden konnte. Sie betont, dass die Standardisierung nicht mit Langeweile gleichzusetzen sei, sondern vielmehr einen Meilenstein für die Gleichwertigkeit der Schulausstattung darstelle. Bereits verabschiedete Musterraumprogramme für verschiedene Schulformen hätten sich als verlässliche Grundlage für die bauliche Planung erwiesen. Nun werde diese Herangehensweise auch auf die Gestaltung von Schulhöfen ausgeweitet, um gleichwertige Standards zu gewährleisten und den Anforderungen der Klimafolgeanpassung sowie der Entsiegelung von Schulhöfen gerecht zu werden.

Frau Gehrke führt aus, dass das Standardleistungsbuch als Grundlage für Ausschreibungen und partizipative Verfahren mit der Schulgemeinschaft dienen solle. Es enthalte eine Grundbeschreibung der Ausstattungselemente, die für alle Schulformen einheitlich seien, sowie spezifische Module für Spiel- und Bewegungsangebote, Naturpädagogik und grüne Klassenzimmer. Zudem seien pflegeleichte Pflanzen und Bäume berücksichtigt, um den Pflegeaufwand zu minimieren. Die Verwaltung plane, nach Verabschiedung des städtischen Haushalts mit den priorisierten Schulen in die konkrete Planung einzusteigen, insbesondere im Rahmen des Startchancenprogramms.

Herr Gude erinnert an die positiven Erfahrungen mit dem Musterraumprogramm und sieht im Standardleistungsbuch eine ähnliche Orientierungshilfe. Er hebt hervor, dass Schulhöfe nicht nur als Pausenflächen, sondern auch als Gestaltungselemente betrachtet werden sollten.

Frau Stockel merkt an, dass das Standardleistungsbuch im Gegensatz zum Musterraumprogramm nicht verbindlich sei, da keine festen Vorgaben für die Anzahl oder Auswahl der Elementen

te gemacht würden.

Herr Gausmann bestätigt dies und erklärt, dass die Gestaltungsmöglichkeiten bewusst offengehalten würden, um den individuellen Bedürfnissen der Schulen gerecht zu werden.

Herr Krage lobt die Vorlage und betont die Bedeutung der individuellen Gestaltung durch die Schulen. Er regt an, Beleuchtung an Rückzugsorten und Maßnahmen zur Mülltrennung zu berücksichtigen.

Frau Achterkamp (CDU) begrüßt die Differenzierung zwischen Grund- und weiterführenden Schulen sowie die Aufnahme von grünen Klassenzimmern. Sie hebt die Quartierfunktion von Schulhöfen hervor, die als Treffpunkte und Bewegungsflächen auch außerhalb der Schulzeit genutzt würden.

Herr Tappe weist auf den schlechten Zustand eines Schulhofs in Rolle hin und fragt nach einem Zeitplan für die Sanierung.

Herr Ortel schlägt vor, das Standardleistungsbuch den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, um eine fundierte Beratung zu ermöglichen.

Herr Gausmann erklärt, dass das Dokument interne Preisinformationen enthalte, die vor einer Weitergabe entfernt werden müssten. Er betont, dass das Ziel des Standardleistungsbuchs die effizientere Nutzung der städtischen Mittel sei.

Frau Reinke weist darauf hin, dass die Entsiegelung von Schulhöfen mit dem Bedarf an asphaltierten Flächen für Fahrradprüfungen kollidieren könne. Sie regt an, alternative Flächen für solche Prüfungen bereitzustellen, um die Attraktivität der Schulhöfe nicht zu beeinträchtigen.

Herr Gude schlägt vor, die Verwaltung solle regelmäßig über die Entwicklung des Standardleistungsbuchs berichten, um den Ausschuss auf dem Laufenden zu halten. Herr Gausmann ergänzt, dass die Beleuchtung von Zuwegungen zu Schulhöfen eine bestehende Herausforderung darstelle, die angegangen werde.

#### **Kenntnisnahme:**

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nimmt die Information zum Standardleistungsbuch für die Gestaltung städtischer Schulhöfe zur Kenntnis.

#### **12. Abweichung der Gruppengrößen in der Offenen Ganztagschule um +/- 10 % Vorlage: 025/26**

Herr Gausmann erklärt, dass der Jugendhilfeausschuss den ersten Punkt einstimmig beschlossen und den zweiten Punkt zur Kenntnis genommen habe, da es hierzu nichts zu beschließen gebe. Er empfiehlt, auch im Schulausschuss eine Kenntnisnahme vorzunehmen, da die originäre Zuständigkeit beim Jugendhilfeausschuss liege.

Er erläutert, dass es um eine Abweichung von plus/minus 10 % bei der Ganztagsbetreuung gehe, insbesondere im Hinblick auf Nachzügler und Zuzügler im Rahmen des Rechtsanspruchs. Die Gruppengrößen seien grundsätzlich auf 15 bis 25 Kinder festgelegt. Um den Rechtsanspruch zu gewährleisten, habe man mit den Trägern vereinbart, Ausnahmen über diese Gruppengröße hinaus zuzulassen. Dies sei notwendig, da Anmeldungen nach dem 15. Oktober nicht mehr vom Land finanziert würden. Die Vereinbarung ermögliche es den Trägern, finanzielle Planungssicherheit für das gesamte Schuljahr zu erhalten, auch wenn unterjährig Kinder abgemeldet würden.

Frau Stockel äußert, dass sie und ihre Fraktion die Kenntnisnahme akzeptieren würden, jedoch Bauchschmerzen hinsichtlich der Abweichung von plus 10 % hätten. Sie betont, dass dies eine weitere Standardabsenkung darstelle, da die Betreuungsqualität nicht entsprechend aufgestockt werde. Zudem kritisiert sie, dass die Frühbetreuung nicht mehr Bestandteil der OGS-Betreuung sei, was zu erheblichen Belastungen für Eltern führe. Sie fragt, ob diese Entscheidung politisch getroffen worden sei oder ob dies auf den gesetzlichen Rahmen zurückzuführen sei.

Herr Gausmann erläutert, dass die Entscheidung auf einem Erlass basiere, der eine Betreuungszeit von 8 bis 16 Uhr vorsehe. Eine Beschlussfassung sei daher nicht erforderlich gewesen. Er führt aus, dass die Frühbetreuung nur an wenigen Standorten mit geringer Nachfrage stattfinde und die Kosten für eine solche Leistung unverhältnismäßig hoch seien. Er betont, dass die Verwaltung an den Erlass gebunden sei und keine eigenständige Entscheidung getroffen habe. Für das kommende Schuljahr sei hinsichtlich der Frühbetreuung und der Betreuung bis 16:30 Uhr eine Übergangsregelung vereinbart.

Herr Tappe weist darauf hin, dass es bei der Umsetzung der plus/minus 10 %-Regelung zu Problemen kommen könne, insbesondere bei kleineren Standorten. Er schlägt vor, die Regelung in absoluten Zahlen auszudrücken, um Missverständnisse zu vermeiden. Herr Ortel unterstützt diesen Vorschlag und regt an, die Begrenzung klarer zu formulieren, um die Auswirkungen auf die Gruppengrößen besser nachvollziehen zu können.

Frau Guttermann, als Vertreterin der Stadtschulpflegschaft, kritisiert die Kommunikation der Verwaltung in Bezug auf die Kürzung der Betreuungszeiten. Sie betont, dass viele Familien auf die Randzeitenbetreuung angewiesen seien und die Kürzung eine erhebliche Belastung darstelle. Sie fordert die Verwaltung und die Ratsfraktionen auf, pragmatische Lösungen für die betroffenen Familien zu finden.

Herr Gausmann erläutert, dass die Verwaltung die Regelung mit den Trägern abgestimmt habe, um flexibel auf Bedarfe reagieren zu können. Er betont, dass die plus/minus 10 %-Regelung nur als Puffer diene und in der Praxis möglicherweise gar nicht benötigt werde. Bezüglich der Früh- und Spätbetreuung erklärt er, dass diese nur an wenigen Standorten mit geringer Nachfrage angeboten werde und die Kosten für eine flächendeckende Umsetzung unverhältnismäßig hoch seien. Er weist darauf hin, dass die Eltern auch Eigenverantwortung für die Betreuung ihrer Kinder übernehmen müssten.

Frau Reinke kritisiert, dass das Thema Betreuungszeiten nicht im Jugendhilfeausschuss behandelt worden sei und sie erst kurzfristig davon erfahren habe.

Herr Gausmann entgegnet, dass es sich um die Umsetzung eines Erlasses handele, der keine Beschlussfassung erfordere. Er bietet jedoch an, das Thema in den zuständigen Gremien weiter zu erörtern, falls dies gewünscht sei.

Herr Gude schlägt vor, das Thema in den Fraktionen zu beraten und gemeinsam mit der Verwaltung und den zuständigen Ausschüssen eine Lösung zu erarbeiten. Er betont, dass die Argumente aller Seiten berücksichtigt werden sollten, um eine sachgerechte Entscheidung zu treffen.

Herr Gausmann ergänzt, dass die Fraktionen jederzeit Anträge auf freiwillige Leistungen stellen könnten, die dann von der Verwaltung geprüft und zur Beschlussfassung vorgelegt würden. Über die Vorlage wird nicht abgestimmt. Die Kenntnisnahme ist erfolgt.

**Kenntnisnahme:** Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen - ein Beschluss wurde nicht gefasst.

### **13. Kriterien zur Vergabe der Betreuungsplätze in der Schulbetreuung ab 08/2026 Vorlage: 017/26**

Herr Gausmann führt aus, dass im Rahmen des ersten Anmeldeverfahrens keine Ablehnungen erfolgt seien, weshalb der Kriterienkatalog nicht zur Anwendung habe kommen müssen.

Frau Guttermann erkundigt sich, ob es Überlegungen gebe, den Kriterienkatalog zukünftig zu überprüfen, und falls ja, in welchem zeitlichen Rahmen dies geschehen solle. Sie betont, dass die Stadtschulpflegschaft in diesem Fall gerne erneut den Aspekt der Berufstätigkeit einbringen würden, da dieser ihrer Ansicht nach insbesondere im Bereich der Alleinerziehenden nicht ausreichend berücksichtigt werde.

Herr Gausmann erklärt, dass eine Überarbeitung des Kriterienkatalogs notwendig werde, falls sich herausstelle, dass trotz multifunktionaler Raumnutzung Ablehnungen in größerem Umfang erfolgen würden. Er verweist darauf, dass dies insbesondere dann der Fall sein könnte, wenn die Nutzung von Schulgebäuden am Vormittag und Nachmittag nicht gleichermaßen gewährleistet werden könne oder der Betreuungsträger nicht über ausreichend Personal verfüge. In einem solchen Fall sei eine Evaluation des Katalogs vorgesehen.

**Kenntnisnahme:**

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nehmen die Kriterien zur Vergabe der OGS-Plätze zur Kenntnis.

**14. Benutzungs- und Gebührenordnung für die Überlassung von Schulräumen, Schulhöfen und sonstigen schulischen Einrichtungen der Stadt Rheine  
Vorlage: 176/26**

Der Tagesordnungspunkt 14 wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt. Die weiteren Tagesordnungspunkte sollen Ihre Gültigkeit behalten.

**15. Anfragen und Anregungen**

Herr Ortel weist darauf hin, dass er als Vertreter des Bereichs Gellendorf und Südesch häufig Anfragen zur künftigen Nutzung des alten Gebäudes der Südeschschule erhalte. Er betont, dass er hierzu bislang keine konkreten Informationen geben könne, und äußert die Erwartung, dass in dieser Angelegenheit zeitnah Abhilfe geschaffen werde. Er erkundigt sich, ob es aktuelle Überlegungen oder Planungen hinsichtlich einer zukünftigen Nutzung, eines Ausbaus oder Umbaus des Gebäudes gebe.

Herr Gausmann erklärt, dass derzeit keine neuen Überlegungen zu diesem Thema vorlägen. Er führt aus, dass die Südeschschule im Kontext der Herz-Jesu-Gemeinde betrachtet werde, wobei die Herz-Jesu-Kirche als denkmalgeschütztes Gebäude eine besondere Rolle spiele. Er erläutert, dass die Planung vorsehe, die ehemalige schulische Nutzung des Gebäudes sowie die künftige Nutzung der Realschule zu prüfen, um eine städtebaulich sinnvolle Verwendung sicherzustellen. Eine erneute schulische Nutzung der Südeschschule sei jedoch gegenwärtig nicht vorgesehen.

Frau Guttermann berichtet, dass die Internet- und Facebook-Seite der Schulpflegschaft aktualisiert worden seien und kündigt eine bevorstehende karitative Aktion im Bereich der Grundschulen an. Sie lädt alle Anwesenden ein, sich mit ihrer Organisation zu vernetzen und die Reichweite zu nutzen, um die Aktion erfolgreich umzusetzen.

***Ende der öffentlichen Sitzung:***

***18:49 Uhr***

---

Stefan Gude  
Ausschussvorsitzender

---

Andre Eilers  
stellv. Schriftführer